Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke): Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2005/6

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

bei der Einbringung der Haushaltsanträge der Mitglieder des Gemeinderates hatte ich folgende Forderungen formuliert:

- die Mindestzuführung müsse auch im Jahr 2005 erreicht werden,

- der Schuldenanstieg müsse in den Haushaltsjahren und im Finanzplanungszeitraum gegenüber dem Haushaltsentwurf deutlich reduziert werden und

- wir müssen die Ausgaben im sozialen Bereich erhöhen, nachdem mit Hartz IV eine ganze soziale Gruppe unter die Armutsgrenze geraten ist.

Nun kann die Bunte Linke mit einem Sitz in diesem Gremium nicht den Anspruch erheben, entscheidende Veränderungen am Haushaltsplan herbeiführen zu wollen. Wir haben deshalb im gemeinsamen Gespräch mit SPD, GAL und Generation.hd über den Haushalt geführt. Ich habe dabei nachdrücklich darauf bestanden, daß diese Punkte einbezogen werden.

Das Ergebnis im Paket der Änderungsanträge ist:

- Wir sind der Mindestzuführung im Jahr 2005 zumindest näher gekommen. Ich habe mich darauf eingelassen, die Vorfälligkeitskosten für die Umschuldung von Krediten als Gegenrechnung zu akzeptieren. Diese Kosten führen innerhalb der nächsten 3 Jahre zu größeren Einsparungen als sie Ausgaben erfordern.

- Der Schuldenanstieg fällt durch Streichung oder Verschiebung von Investitionsprojekten geringer aus, als im Haushaltsentwurf vorgesehen, wenngleich nicht so viel geringer, wie ich mir das wünschen würde.

- Der Heidelberg-Paß wird für Arbeitslosengeld II-Empfänger erweitert und in seinen Leistungen deutlich verbessert.

Allein mit weiteren Einsparmaßnahmen ist in dieser Situation des städtischen Haushalts - des schlechtesten seit Jahrzehnten – eine Haushaltskonsolidierung nicht zu erreichen, geschweige denn, daß die Stadt wichtige Zukunftsaufgaben wahrnehmen könnten. Die Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer war deshalb unumgänglich. Bei der Gewerbesteuer trifft es die ganz überwiegende Zahl der mittelständigen Betriebe gar nicht oder nicht mit wesentlichen Beträgen. Die Erhöhung der Grundsteuer verteilt die moderate zusätzliche Belastung auf viele Schultern, insbesondere auf die finanziell kräftigeren.

Die strukturelle Verbesserung der Haushaltssituation erlaubt auch in den Folgejahren Mittel in einem Zukunftsfond bereit zu stellen, mit dem kostengünstiger Wohnungsbau, Schulrenovierung, Kleinkinderbetreuung und der Straßenbahnbau ins Neuenheimer Feld finanziert werden können.

Ich werde dem Haushalt mit diesen Änderungen zustimmen.